

[DiePresse.com](#) | [Wirtschaft](#) | [Economist](#) |  [Artikel drucken](#)

Bawag nach Rauswurf kubanischer Kunden im Rechtsstreit

19.04.2007 | 17:51 | CHRISTINE DOMFORTH (Die Presse)

Diskriminierung. EU-Kommission und Justizministerium prüfen, ob die Bank Gemeinschaftsrecht verletzt hat.

wien (dom). Der „Hinauswurf“ kubanischer Kunden hat sich für die Bawag zu einer enormen PR-Schlappe ausgewachsen. Sie ist für die Bank umso unangenehmer als sie sich gerade bemüht, die im Vorjahr wegen der Karibik-Krise massenhaft abgewanderten Kunden wieder zurück zu gewinnen. Die Protestwelle wegen der Kuba-Affäre dauert nun schon eine Woche an. Vor allem NGOs wie Rotes Kreuz, SOS Kinderdorf oder Amnesty International haben mit dem Abzug ihrer Konten gedroht. Die Bank hatte ihren Schritt damit begründet, dass andernfalls der Verkauf an den US-Fonds Cerberus, der für die Bawag 3,2 Mrd. Euro zahlen wird, platzen könnte. „Wir hatten keine andere Wahl,“ so Bawag-Chef Ewald Nowotny wörtlich.

Wie hoch die Nervosität ist, zeigte sich am Donnerstag. Der neue Bawag-Eigentümer Cerberus kündigte in einer Aussendung an, der Bawag sofort nach Abschluss der Übernahme (für Mitte Mai geplant) eine Eigenkapitalspritze in Höhe von 600 Mio. Euro zu leisten. Damit könne die Bank alle Verpflichtungen bedienen. Allerdings war diese Kapitalzufuhr bereits bei Vertragsabschluss Ende Dezember fixiert worden.

Personelle Konsequenzen erwartet

Wegen der Kuba-Affäre könnte es in der Bank nun personelle Konsequenzen geben. Spekuliert wird darüber, dass Gerhard Furlinger aus der Rechtsabteilung seinen Hut nehmen muss. Künftig muss jeder einzelne Fall, in dem eine Geschäftsbeziehung beendet wird, vom Vorstand abgesegnet werden.

Juristisch kommen auf die Bawag in jedem Fall Probleme zu. Der Grüne EU-Abgeordnete Johannes Voggenhuber sowie der Verein Zara (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) wollen die Bank wegen Diskriminierung kubanischer Kunden anzeigen. Diesem Vorwurf scheint auch das Justizministerium einiges abgewinnen zu können: „Es scheine zivil- und bankenrechtlich in Ordnung zu sein, doch sei möglicherweise das gemeinschaftliche Diskriminierungsverbot berührt“, meint Justizministerin Maria Berger. BZÖ-Chef Peter Westenthaler hat aus demselben Grund die Finanzmarktaufsicht eingeschaltet.

Die Bank, die in wenigen Wochen dem USA-Fonds Cerberus gehören wird, hatte den rund 100 kubanischen Kunden die Konten mit der Begründung gekündigt, man habe die Geschäftspolitik geändert. Die Staatsangehörigkeit wurde in dem Brief nicht erwähnt. US-Gesetze, etwa der „Helms-Burton-Act“, verbieten US-Unternehmen oder deren Töchtern Geschäftsbeziehungen jedenfalls mit kubanischen Firmen.

Ob die Vorgangsweise der Bank rechtswidrig ist, wird von Rechtsexperten unterschiedlich beurteilt. Ein Sprecher der EU-Kommission kündigte an, man werde die Causa prüfen. Sollte EU-Recht verletzt worden sein, würde es ein Verfahren geben. Grundsätzlich gelte Vertragsfreiheit für Banken, ein Verbot der Diskriminierung auf Grund der Staatsangehörigkeit sei aber verboten.

EU-Rechtler Thomas Eilmansberger meint gegenüber der „Presse“, die Bawag habe das Diskriminierungsverbot nicht verletzt. Es sei auch für ein privates Unternehmen in Österreich nicht illegal, sich an Helms-Burton zu halten. Laut EU-Kommission ist hingegen der Helms-Burton-Act in der EU nicht durchsetzbar.

„Juristisch kein Problem“

Alix Frank-Thomasser, Rechtsanwältin und Expertin auf dem Gebiet Antidiskriminierung, sieht für die Bawag juristisch kein Problem. Das Diskriminierungsverbot beziehe sich in erster Linie auf Arbeitskräfte und Mieter. Ihre Kunden könne sich eine Bank aber aussuchen. Für den Verfassungsrechtler Heinz Mayer ist die Kündigung von Konten kubanischer Staatsbürger indes „grob rechtswidrig“. Mayer begründet dies im „Format“ mit einer UN-Konvention aus dem Jahr 1972, die jede Form der rassistischen Diskriminierung verbietet und meint, der Versuch der Bawag, sich für ihr Vorgehen auf die Kontrahierungsfreiheit zu berufen (d.h. sich ihre Kunden

aussuchen zu wollen) müsse daher scheitern. Die Bawag rudert indes zurück. Sie will die kubanischen Kunden zurück holen. Kommentar Seite 39

Inline Flex[Faktbox] KRISE ENTZWEIT JURISTEN

("Die Presse", Print-Ausgabe, 20.04.2007)

© DiePresse.com